

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin e.V.

Sehr geehrte Frau Dr. Stilla-Bowman,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Engagement für die Stärkung der Zivilgesellschaft in Berlin. Für uns Freie Demokraten ist klar: Eine lebendige Demokratie lebt vom Engagement der Bürger – nicht von staatlicher Steuerung, sondern von Eigeninitiative, Verantwortung und Vielfalt. Der Staat hat die Aufgabe, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, darf Engagement aber nicht vereinnahmen oder überregulieren.

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Politischen Rahmen für Bürgerengagement gestalten

1.1. Rolle des Landesnetzwerks sichern

Das Landesnetzwerk Bürgerengagement leistet einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Wir unterstützen Strukturen, die Austausch ermöglichen und Engagement stärken.

Für uns ist dabei entscheidend, dass solche Plattformen unabhängig bleiben und nicht in staatliche Steuerungslogiken eingebunden werden. Eine langfristige Unterstützung sollte deshalb verlässlich, aber mit Respekt vor der Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft erfolgen.

1.2. Engagementstrategie fortführen

Eine Engagementstrategie kann sinnvoll sein, wenn sie nicht zum Selbstzweck wird, sondern konkrete Verbesserungen schafft.

Wir stehen für eine Weiterentwicklung, die stärker auf Wirksamkeit, Transparenz und Entbürokratisierung ausgerichtet ist. Entscheidend ist, dass Maßnahmen messbar zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagierte beitragen und nicht zusätzliche Verwaltungsstrukturen entstehen.

1.3. Landesdemokratiefördergesetz

Wir sehen Demokratieförderung als zentrale Aufgabe, stehen aber pauschalen gesetzlichen Konstruktionen kritisch gegenüber, wenn sie zu dauerhaften Förderstrukturen ohne klare Wirkungskontrolle führen.

Für uns ist entscheidend, dass Maßnahmen gegen Extremismus und für demokratische Bildung zielgerichtet, überprüfbar und effizient sind. Statt neuer Gesetzesstrukturen setzen wir auf wirksame Programme, klare Kriterien und konsequente Evaluation.

2. Engagement-Infrastruktur stärken und verlässlich fördern

2.1. Freiwilligenagenturen stärken

Freiwilligenagenturen sind wichtige Schnittstellen zwischen Bürgern, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Wir wollen ihre Arbeit stärken, insbesondere durch bessere Abstimmung zwischen Bezirken und eine klare Aufgabenverteilung.

Entscheidend ist für uns, Doppelstrukturen zu vermeiden und vorhandene Angebote besser zu vernetzen, statt neue Ebenen aufzubauen.

2.2. Beratungs- und Vernetzungsangebote

Beratung und Qualifizierung sind wichtige Bausteine für erfolgreiches Engagement. Wir unterstützen deren Weiterentwicklung, legen aber Wert darauf, dass Angebote bedarfsorientiert und praxisnah gestaltet sind.

Staatliche Förderung sollte hier ermöglichen, nicht dirigieren.

2.3. Förderpraxis verbessern

Die aktuelle Förderpraxis ist häufig zu komplex und unübersichtlich. Wir setzen uns dafür ein, Verfahren zu vereinfachen, transparenter zu machen und stärker zu digitalisieren.

Zivilgesellschaftliche Akteure sollten frühzeitig eingebunden werden, insbesondere bei der Ausgestaltung von Förderinstrumenten.

2.4. Räume für Engagement

Der Zugang zu Räumen ist für viele Initiativen ein zentrales Problem. Wir wollen bestehende öffentliche Infrastruktur besser nutzbar machen und bürokratische Hürden abbauen.

Ziel ist eine pragmatische Lösung, die Engagement erleichtert, ohne neue starre Systeme aufzubauen.

3. Resilienz der Zivilgesellschaft sichern

3.1. Zusammenarbeit in Krisen

Zivilgesellschaftliche Akteure leisten in Krisen einen wichtigen Beitrag. Wir wollen klare Schnittstellen zwischen Staat und Zivilgesellschaft definieren, damit Zusammenarbeit im Ernstfall schnell und verlässlich funktioniert.

Dabei gilt: Der Staat schafft Strukturen – die Zivilgesellschaft handelt eigenständig.

3.2. Engagement und Arbeitswelt

Wir sehen großes Potenzial darin, Engagement stärker mit der Arbeitswelt zu verbinden. Unternehmen können einen wichtigen Beitrag leisten, etwa durch flexible Arbeitszeitmodelle oder Unterstützung von Engagementprojekten.

Der Staat sollte hier Anreize setzen, aber keine starren Verpflichtungen schaffen.

4. Inklusion, Vielfalt und barrierearme Beteiligung

4.1. Beteiligung stärken

Wir wollen, dass sich möglichst viele Menschen einbringen können – unabhängig von Herkunft oder Lebenssituation. Voraussetzung dafür sind offene Strukturen und gleiche Chancen.

Gleichzeitig setzen wir auf Integration durch Teilhabe und lehnen identitätspolitische Abschottung ab.

4.2. Barrierearme Orte

Barrierefreiheit ist Voraussetzung für echte Teilhabe. Wir unterstützen Maßnahmen, die den Zugang zu Engagement erleichtern, insbesondere durch bessere Planung und Nutzung bestehender Infrastruktur.

4.3. Barrierefreie Beteiligung

Niedrigschwellige Angebote sind wichtig, damit möglichst viele Menschen teilnehmen können. Wir unterstützen gezielte Maßnahmen, etwa bei Kommunikation und Zugang, sofern sie wirksam und praktikabel sind.

5. Junges Engagement unterstützen

5.1. Engagement junger Menschen stärken

Junge Menschen engagieren sich zunehmend projektbezogen und flexibel. Darauf muss Politik reagieren.

Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die diese Formen von Engagement ermöglichen und nicht durch starre Strukturen behindern.

5.2. Anreize für Engagement

Wir unterstützen Ansätze, die Engagement erleichtern, etwa durch flexiblere Zeitmodelle oder bessere Anerkennung.

Entscheidend ist, dass solche Instrumente freiwillig bleiben und nicht zu neuer Bürokratie führen.

Eine starke Zivilgesellschaft entsteht nicht durch staatliche Programme allein, sondern durch Vertrauen, Freiheit und gute Rahmenbedingungen. Genau darauf richten wir unsere Politik aus.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website zur Verfügung stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat